

Beschluss des Landrats vom 10.04.2025

Nr. 1097

14. Gesamtschau anfallende Gebühren für Wohneigentümer 2024/359; Protokoll: gs

Christine Frey (FDP) beantragt die Diskussion.

://: Der Diskussion wird stillschweigend stattgegeben.

Die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation sei sehr ausführlich, sagt **Christine Frey** (FDP). Sie umfasst ganze 19 Seiten – vielen Dank. Und doch bleibt nach der Lektüre vor allem ein Gefühl der Unsicherheit und Unklarheit. Anstelle einer übergeordneten Gesamtschau vermittelt die Antwort eine differenzierte Darstellung der bestehenden Strukturen. Die Vielzahl an Einzelfaktoren zeigt die Komplexität des Themas deutlich, macht es aber nicht leicht, sich schnell zu orientieren. Konkrete Antworten bleiben teilweise aus. Stattdessen wird auf die gesetzlichen Grundlagen, die Gemeindeautonomie und unterschiedliche Zuständigkeiten verwiesen. Es stellt sich unweigerlich die Frage: Gibt es überhaupt eine Stelle innerhalb der Verwaltung, die den Gesamtüberblick hat, welche Gebührenbelastung die Wohneigentümerinnen und -eigentümer im Kanton tatsächlich tragen müssen? Dabei ist die Frage doch einfach: Welche Gebühren fallen für Hauseigentümer im Baselbiet an – und wie haben sie sich entwickelt?

Aus Sicht der Rednerin bleiben drei Fragen offen: Wann gedenkt der Regierungsrat die längst angekündigte Gebührenübersicht öffentlich zugänglich zu machen – in einem Format, das für die Bürgerinnen und Bürger verständlich ist? Es reicht nicht, Broschüren oder Tabellen auf versteckten Unterseiten des Amts für Daten und Statistik zu zeigen. Zweitens: Warum verzichtet der Regierungsrat trotz vorhandener technischer Möglichkeiten auf ein zentrales Gebührenportal, das kantonale und kommunale Abgaben sichtbar macht? Die Digitalisierung sollte ja genau dort ansetzen und für mehr Transparenz für die Bevölkerung sorgen. Und drittens: Wie will der Regierungsrat verhindern, dass die Gebührenbelastung in gewissen Gemeinden – etwa bei Anschlussgebühren oder bei baulichen Massnahmen – de facto zu einer Eigentumsbremse wird? Für Menschen, die sanieren, umbauen oder altersgerecht modernisieren wollen, wird dies zunehmend zu einem Hindernis – und der Kanton darf hier die Verantwortung nicht auf die Gemeinden abschieben. Fazit: Es ist klar, dass eine vollständige Vereinheitlichung der Gebühren nicht möglich ist. Es braucht aber mehr Transparenz, mehr Koordination und mehr Klarheit, damit das Eigentum gefördert wird.

Es seien sehr spezielle Ansprüche, die Christine Frey an die kantonale Verwaltung habe, sagt **Urs Kaufmann** (SP). Ihre Partei verlangt sonst immer, dass bei der Kantonsverwaltung weniger Stellen geschaffen werden und dass möglichst wenig Aufwand betrieben wird. Nun wird aber gefordert, für diesen Bereich eine Stelle zu schaffen, die alles im Überblick hat und die Zahlen sauber darstellt – und ausserdem ein neues Portal schafft, damit man einfach einen Überblick bekommt und sich orientieren kann. Eine solche Übersicht wäre ja bei vielen anderen Themen auch nötig, was entsprechende Stellen bei der kantonalen Verwaltung bedingen würde. Das wäre sicher wünschenswert. Man muss aber aufpassen, dass man die Verwaltung nicht unnötig aufbläst, damit man jederzeit auf Knopfdruck in allen Bereichen eine Gesamtübersicht erhält. Die Ansprüche sind insofern sehr widersprüchlich – einerseits bei diesem konkreten Thema und andererseits, wenn es um die Ausgaben für Stellen respektive um den Stellenplan geht. Es sei vor solchen Erwartungen an die Verwaltungen – sei es kantonal oder kommunal – gewarnt, immer auf Knopfdruck einen

Überblick haben zu wollen. Das mag sicher wünschenswert sein – angesichts der Historie ist es aber kaum möglich, diese Zahlen einfach darzustellen. Das wäre sehr aufwändig.

Thomas Noack (SP) weist auf die Gemeindeautonomie hin: Gebühren, welche die Gemeinden festlegen, liegen in deren Kompetenz und werden nach deren Bedürfnissen und Aufwänden gestaltet. Der Redner hält dies auch für richtig so.

Andi Trüssel (SVP) wendet sich an Urs Kaufmann und sagt, er habe nicht gehört, dass Christine Frey mehr Stellen gefordert hat. Jene aber, die den Job machen, müssen ihn richtig machen. Das fängt bei der Übersichtlichkeit und Klarheit an.

://: Die Interpellation ist erledigt.
